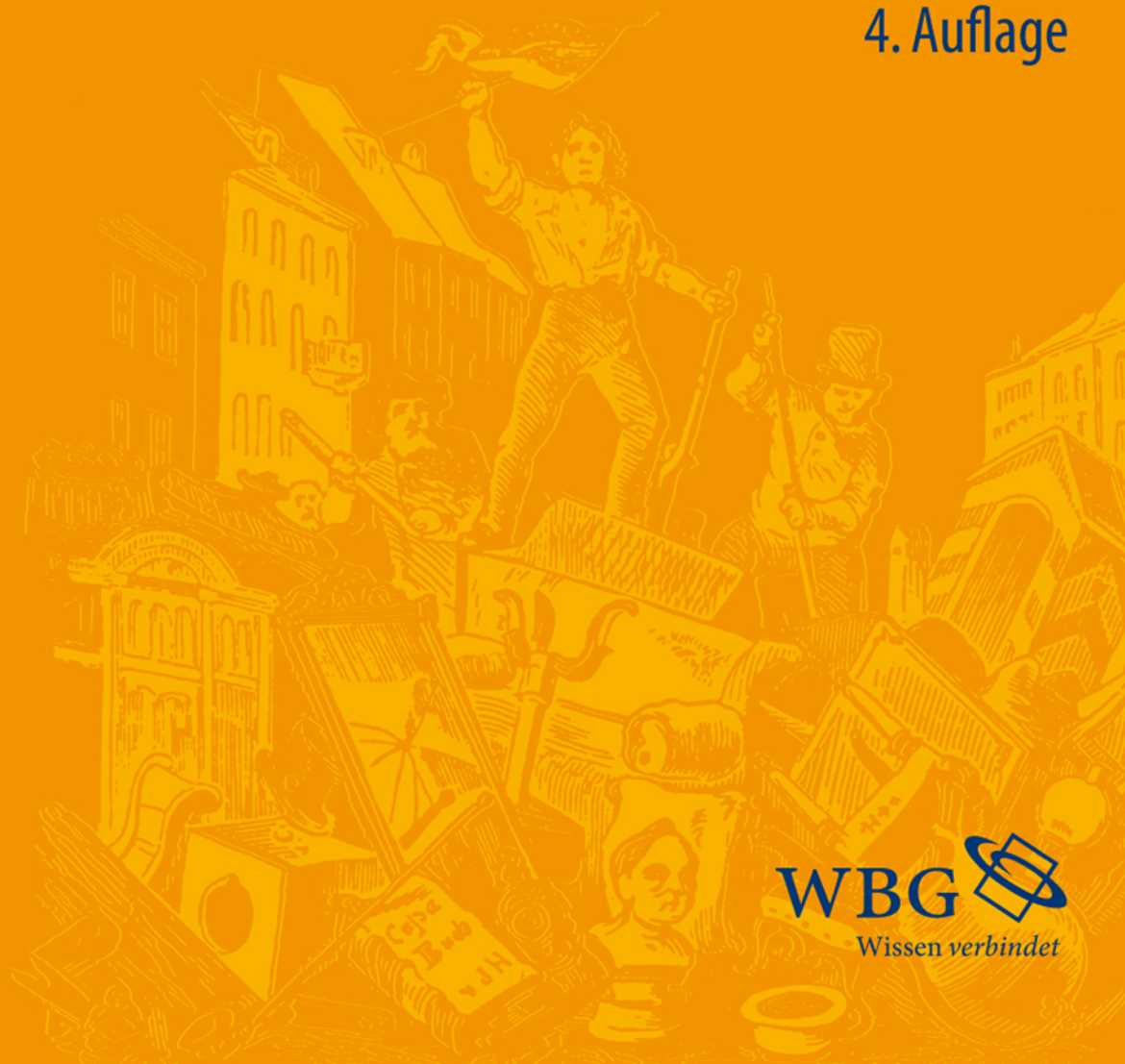


**GESCHICHTE
KOMPAKT**

Frank Lorenz Müller

Die Revolution von 1848/49

4. Auflage



WBG 
Wissen verbindet

Frank Lorenz Müller
Die Revolution von 1848/49

Geschichte kompakt

Herausgegeben von

Kai Brodersen, Martin Kintzinger, Uwe Puschner, Volker Reinhardt

Herausgeber für den Bereich *19./20. Jahrhundert*:

Uwe Puschner

Beratung für den Bereich *19./20. Jahrhundert*:

Walter Demel, Merith Niehuss, Hagen Schulze

Frank Lorenz Müller

Die Revolution von 1848/49

4. Auflage

This book is for Ceel

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

4., bibliographische aktualisierte Auflage 2012
© 2012 by WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
1. Auflage 2002
Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.
Satz: Setzerei Gutowski/schreiberVIS, Bickenbach
Einbandgestaltung: schreiberVIS, Bickenbach
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-24584-0

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:
eBook (PDF): 978-3-534-72316-4
eBook (epub): 978-3-534-72317-1

Inhaltsverzeichnis

Geschichte kompakt	VII
I. Die Wurzeln der Revolution	1
1. Der lange Schatten der Französischen Revolution: Nationalismus, Liberalismus und der monarchische Staat	2
a) Die deutsche National- und Einheitsbewegung bis 1848	2
b) Liberalismus und Radikalismus im deutschen Vormärz	8
c) Der monarchische Staat	14
2. Die soziale Frage: Bevölkerungswachstum, Gewerbe und Pauperismus	20
a) Die Bevölkerungsentwicklung	20
b) Landwirtschaft, Handwerk und Industrialisierung	21
c) Der „Pauperismus“	26
3. 1845–1848: das Grollen vor dem Sturm	29
a) Politische Spannungen im Vorfeld der Revolution	30
b) Die Hunger- und Armutskrise, 1845–1848	35
c) Das europäische Umfeld am Vorabend der Revolution	37
II. Deutschland im Frühling 1848: die März- und Aprilrevolutionen	40
1. Die Revolutionen in den Staaten des Dritten Deutschlands	41
a) Die Märzrevolutionen	41
b) Der badische Aprilaufstand	44
2. Die Revolution in Österreich und Preußen	45
a) Österreich	46
b) Preußen	48
3. Die Revolution im Deutschen Bund	52
a) Vom Heidelberger Treffen zum Fünfzigerausschuss	53
b) Die Reformtätigkeit des Bundestags	56
4. Die „elementare“ Revolution	59
a) Arbeiter, Handwerker und städtische Unterschichten	60
b) Bauern und ländliche Unterschichten	63
III. Presse, Vereine, Parlamente: die Institutionalisierung der Revolutionen im Sommer und Herbst 1848	69
1. Die Bildung einer revolutionären Öffentlichkeit	70
a) Die befreite Presse	71
b) Versammlungen und Feste	74
c) Vereine, Verbände und Kongresse	77
d) Revolutionsöffentlichkeit und unterprivilegierte Gruppen: Juden und Frauen	83
2. Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt, Mai–September 1848	86
a) Wahl, Zusammensetzung, Konstituierung	86
b) Der „kühne Griff“ nach der Exekutive	91
c) Probleme der Staatsgründung im Zeichen des Nationalismus	96

3. Die politische Entwicklung in den deutschen Einzelstaaten	101
a) Das Habsburgerreich	101
b) Preußen	104
c) Die Staaten des Dritten Deutschlands	108
IV. Revolutionswende, Reichsverfassung und Ende, September 1848 – Juli 1849 .	111
1. Die Revolutionswende im Herbst 1848	111
a) September 1848: die Zweite Revolution in Frankfurt und Baden	112
b) Revolution und Gegenrevolution in Österreich	114
c) Preußens „wohlüberlegte, wohlvorbereitete Restauration“	118
2. Reichsverfassung und Kaiserwahl	121
a) Die Frankfurter Grundrechte	122
b) Großdeutschland, Kleindeutschland, Siebzigmillionenreich	124
c) Verfassungsordnung und Kaiserwahl	127
3. Der Kampf um die Reichsverfassung	130
a) Die Ablehnung der Kaiserkrone und der Niedergang der Nationalver-	
sammlung	131
b) Die Reichsverfassungskampagne: Hannover, Württemberg, Preußen und	
Sachsen	133
c) Bayern, der rheinpfälzische Aufstand, Baden und das Ende	136
V. Schlussbetrachtung	142
Auswahlbibliographie	145
Personen- und Sachregister	153

Geschichte kompakt

*In der Geschichte, wie auch sonst,
dürfen Ursachen nicht postuliert werden,
man muss sie suchen.* (M. Bloch)

Das Interesse an Geschichte wächst in der Gesellschaft unserer Zeit. Historische Themen in Literatur, Ausstellungen und Filmen finden breiten Zuspruch. Immer mehr junge Menschen entschließen sich zu einem Studium der Geschichte, und auch für Erfahrene bietet die Begegnung mit der Geschichte stets vielfältige, neue Anreize. Die Fülle dessen, was wir über die Vergangenheit wissen, wächst allerdings ebenfalls: Neue Entdeckungen kommen hinzu, veränderte Fragestellungen führen zu neuen Interpretationen bereits bekannter Sachverhalte. Geschichte wird heute nicht mehr nur als Ereignisfolge verstanden, Herrschaft und Politik stehen nicht mehr allein im Mittelpunkt, und die Konzentration auf eine Nationalgeschichte ist zugunsten offenerer, vergleichender Perspektiven überwunden.

Interessierte, Lehrende und Lernende fragen deshalb nach verlässlicher Information, die komplexe und komplizierte Inhalte konzentriert, übersichtlich konzipiert und gut lesbar darstellt. Die Bände der Reihe „Geschichte kompakt“ bieten solche Information. Sie stellen Ereignisse und Zusammenhänge der historischen Epochen der Antike, des Mittelalters, der Neuzeit und der Globalgeschichte verständlich und auf dem Kenntnisstand der heutigen Forschung vor. Hauptthemen des universitären Studiums wie der schulischen Oberstufen und zentrale Themenfelder der Wissenschaft zur deutschen und europäischen Geschichte werden in Einzelbänden erschlossen. Beigefügte Erläuterungen, Register sowie Literatur- und Quellenangaben zum Weiterlesen ergänzen den Text. Die Lektüre eines Bandes erlaubt, sich mit dem behandelten Gegenstand umfassend vertraut zu machen. „Geschichte kompakt“ ist daher ebenso für eine erste Begegnung mit dem Thema wie für eine Prüfungsvorbereitung geeignet, als Arbeitsgrundlage für Lehrende und Studierende ebenso wie als anregende Lektüre für historisch Interessierte.

Die Autorinnen und Autoren sind in Forschung und Lehre erfahrene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Jeder Band ist, trotz der allen gemeinsamen Absicht, ein abgeschlossenes, eigenständiges Werk. Die Reihe „Geschichte kompakt“ soll durch ihre Einzelbände insgesamt den heutigen Wissensstand zur deutschen und europäischen Geschichte repräsentieren. Sie ist in der thematischen Akzentuierung wie in der Anzahl der Bände nicht festgelegt und wird künftig um weitere Themen der aktuellen historischen Arbeit erweitert werden.

Kai Brodersen
Martin Kintzinger
Uwe Puschner
Volker Reinhardt

I. Die Wurzeln der Revolution

9. 2. 1801	Frieden von Lunéville/Napoleons Vorherrschaft in Deutschland
25. 2. 1803	Reichsdeputationshauptschluss (Abschaffung zahlreicher Reichsstände)
10. 7. 1807	Beginn der preußischen Reformen (Ernennung Steins)
8. 6. 1815	Deutsche Bundesakte begründet den Deutschen Bund
18. 10. 1817	Wartburgfest
23. 3. 1819	Ermordung August v. Kotzebues durch Karl Sand
20. 9. 1819	Karlsbader Beschlüsse verabschiedet
5. 6. 1823	Provinzialständische Verfassung in Preußen
27.–29. 7. 1830	Julirevolution in Frankreich
28. 5. 1832	Hambacher Fest
5. 7. u. 28. 7. 1832	Restriktive Maßnahmen des Deutschen Bundes gegen liberale Opposition
1. 1. 1834	Deutscher Zollverein tritt in Kraft
1. 11. 1837	Aufhebung der hannoverschen Verfassung/„Göttinger Sieben“
7. 6. 1840	Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. von Preußen
Okt. 1840	Beginn der Rheinkrise
4.–6. 6. 1844	Weberaufstand in Schlesien
Aug. 1845	Beginn der Agrar- u. Gewerbekrise (1845–47)
11. 4.–26. 6. 1847	Sitzung des Vereinigten Preußischen Landtags
12. 9. 1847	Offenburger Treffen süddeutscher Demokraten
10. 10. 1847	Heppenheimer Treffen süddeutscher Liberaler
4. 11. 1847	Beginn des Schweizer Sonderbundkriegs
22.–24. 2. 1848	Revolution in Paris

Selten, bemerkte der Historiker Eric Hobsbawm, wurde eine Revolution so allgemein vorhergesagt wie die von 1848. Der französische Romancier Victor Hugo (1802–85) wollte den „dumpfen Klang der Revolution“, die ganz Europa erfassen würde, schon 1831 vernommen haben. Im Rückblick erscheinen solche Vorahnungen besonders scharfsinnig. Es ist dennoch problematisch, geschichtliche Prozesse auf ihre Rollen als Vorgeschichten zu reduzieren. In der rückwärts gewandten Beleuchtung historischer Betrachtung werfen Ereignisse Schatten in ihre Vergangenheiten. Es ist wichtig, nicht zu vergessen, dass dies ein künstlicher Vorgang ist. Vor Beginn der Märzrevolution wusste niemand, dass er im „Vormärz“ lebte. Die folgende Skizze ist daher kein Versuch, ein abgewogenes Kurzportrait Deutschlands in den Jahrzehnten vor 1848 zu entwerfen. Die Revolution war nicht der unvermeidliche Fluchtpunkt aller politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen im Deutschen Bund. Thomas Nipperdeys Mahnung gilt auch für 1847: die Zukunft war offen. Was folgt, ist lediglich ein selektiver Blick auf diejenigen Aspekte, die in der Rückschau als mit der Revolution verknüpft erscheinen. Dabei werden drei Felder angesprochen: 1. die politische Krise, 2. die soziale Frage und 3. die Kumulation sozialer und politischer Krisenelemente am Vorabend der Revolution.

1. Der lange Schatten der Französischen Revolution: Nationalismus, Liberalismus und der monarchische Staat

Das nahtlose Gewebe aus Kontinuitäten und Kausalitäten, das historische Vorgänge mit ihren Konsequenzen verknüpft, sperrt sich gegen willkürliche Periodisierung und kalendarische Konventionen. Manche Ereignisse haben dennoch einen so intensiven Einfluss auf spätere Entwicklungen, dass sie berechtigterweise als Zäsuren betrachtet werden können. Obwohl die sich verschärfende politische Krise im Deutschen Bund vor 1848 Wurzeln in früheren Entwicklungen hatte, kommt den Auswirkungen der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege besondere Bedeutung zu. Ohne sie sind die Spannungen zwischen früher Nationalbewegung, Liberalismus und monarchischem Staat nicht zu begreifen.

a) Die deutsche National- und Einheitsbewegung bis 1848

Die Französische Revolution konfrontierte die Deutschen mit einer Form des Nationalismus, die damals östlich des Rheins keine Entsprechung fand. Die Ideen und Soldaten, die nach 1789 von Frankreich kommend in Deutschland eindrangten, waren von einem Nationsbegriff erfüllt, dessen Intensität, Ausschließlichkeitsanspruch und Grad der Politisierung anzeigten, dass hier ein Nationalismus moderner Qualität entstanden war. Der einigenden und motivierenden Kraft eines solchen Verständnisses der eigenen Nation hatten die Bewohner des Heiligen Römischen Reiches zunächst nichts entgegenzusetzen. Zwar gab es wohl seit dem Spätmittelalter unter Klerikern und Adligen Frühformen eines deutschen National- und Reichsbewusstseins, das während der Türkenkriege auch weitere Bevölkerungsgruppen erfasste. Diese Ansätze zielten jedoch noch nicht auf die Bildung eines Nationalstaats. Auch die Entwicklung des nationalen Denkens im 18. Jahrhundert verwies keineswegs geradlinig auf die Entstehung einer modernen deutschen Volksnation. In der anwachsende Elite der akademisch Gebildeten – bei Beamten, Lehrern, Professoren, Ärzten, Juristen, Geistlichen und Schriftstellern – erwachte ein starkes Interesse an einer eigentümlich deutschen Nationalkultur. Von der Zentralität der Sprache ausgehend und in emphatischer Abgrenzung zur französisch beeinflussten Hof- und Adelskultur trugen Männer wie der Philosoph Johann Gottfried Herder (1744–1803), der Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock (1724–1803) oder der Historiker Justus Möser (1720–94) zur Konstruktion einer deutschen Kultur- nation bei.

Freilich darf dieses intellektuelle Konstrukt einer literarisch-philosophischen Elite nicht mit einer Massenbewegung oder einem Programm zur nationalstaatlichen Einigung verwechselt werden. Der Berliner Buchhändler Friedrich Nicolai (1733–1811) schätzte, dass 1770 nur 20000 Menschen aktiv an dieser nationalen Diskussion teilnahmen. Zudem blieb unklar, ob und wie die kulturelle Dimension mit *politischen* Zielen verknüpft war. Für den Philosophen Friedrich Schlegel (1772–1829) blieb die Mission der Deutschen streng kulturell: „Was Hellas schlau ersann, was Indien blühte, / German'scher Männer Lied wird's neu entfalten“, schrieb er im Jahr 1800. Vier Jahre später sah Friedrich Schiller (1759–1805) die deutsche Nation außerhalb der Sphäre des Politischen. Für ihn war deutsche Größe eine moralisch-kulturelle Kategorie, die vom politischen Schicksal der deutschen Nation unabhängig war. Bei allem theoretischen Eifer, befand die Schriftstellerin Germaine de Staël (1766–1817), hatten die

deutschen Gebildeten nur wenig Interesse an der „ganzen Wirklichkeit des Lebens“. Der unpolitische oder zumindest nichtoppositionelle Charakter dieser frühen deutschen Nationalbewegung erklärt sich aus der Verwurzelung seiner Trägerschicht in den Regierungs- und Verwaltungsapparaten der deutschen Einzelstaaten. „Deutsch“ zu fühlen und gleichzeitig ein patriotischer Württemberger zu sein, wurde nicht als Widerspruch empfunden. Die Forderung nach einer deutschen Literatur oder einem deutschen Theater ermöglichte somit, einem nationalen Bedürfnis zu entsprechen, ohne durch das Drängen auf eine nationalpolitische Vereinigung an dem partikularstaatlichen Ast zu sägen, auf dem viele Mitglieder des Bildungsbürgertums saßen. Außerdem geboten zahlreiche deutsche Einzelstaaten ihrerseits über ein beträchtliches Maß patriotischer Loyalität. Thomas Abbt (1738–66) Werk „Vom Sterben für das Vaterland“ aus dem Jahr 1761, beispielsweise, handelt vom Tod für Preußen. 1793, selbst nach der Invasion französischer Truppen, beklagte der Dichter Christoph Wieland (1733–1813), dass es sächsische, bayerische, württembergische und hamburgische Patrioten gebe, nicht aber deutsche Patrioten, die das ganze Reich als ihr Vaterland liebten.

Die Erfahrungen und Ereignisse der Jahre zwischen dem Frieden von Lunéville (1801) und der Niederwerfung Napoleons (1813/15) bewirkten hier einen tief greifenden Wandel. Während dieser Periode prasselte eine Reihe dramatischer politischer Erfahrungen und Veränderungen auf Deutschland nieder: Krieg und Niederlage, Besatzung durch französische Truppen, das Ende des Heiligen Römischen Reiches, die völlige Umgestaltung der deutschen Staatenlandschaft und politische Reformen in Preußen wie in den Rheinbundstaaten. All dies bildete den Rahmen, innerhalb dessen sich eine nationale Diskussion neuer Qualität entwickelte. Der vorherrschende Diskurs legte ein gutes Stück der geistigen Wegstrecke zurück, die laut dem Historiker Friedrich Meinecke (1862–1954) vom Weltbürgertum zum Nationalstaat führen sollte. Auffälligstes Merkmal dieser Veränderung war der schrille Franzosenhass, der jetzt vielen aus der Feder floss. Zudem waren die mitunter abstoßend gewaltberauschten Gedichte **Ernst Moritz Arndts**, Heinrich von Kleists (1777–1811) und Clemens Brentanos (1778–1842) gegen einen *politischen* Feind gerichtet. Kleists entsetzlicher Schlachtruf „Dämmt den Rhein mit ihren Leichen“ forderte nicht mehr eine kulturelle Abgrenzung, sondern ist nur im Kontext eines Todeskampfes zweier machtpolitisch agierender Nationen zu begreifen. Auf Herders Hochschätzung spezifischer Volksmerkmale aufbauend und – bei aller hasserfüllten Ablehnung – Impulse des französischen Nationalismus verarbeitend, schufen Männer wie der Publizist Joseph Görres (1776–1848), der Philosoph Johann Gottlieb Fichte (1762–1814), der Theologe Friedrich Schleiermacher (1768–1834), der Publizist Ernst Moritz Arndt und der Pädagoge Friedrich Ludwig Jahn (1778–1852) zwischen 1806 und 1813 das Programm eines politisierten romantischen deutschen Nationalismus.

Während der Rheinländer Görres eine Jahrhunderte überdauernde deutsche Volksidentität aus einem romantisierten Bild des Mittelalters herzuleiten suchte, knüpfte Fichte in seinen Berliner „Reden an die deutsche Nation“ (1807/08) an den herderschen Primat des Linguistischen an. Durch den Heldenmut der alten Germanen vor lateinischen Deformierungen bewahrt, war das deutsche „Urvolk“ mit einer kulturellen Weltmission betraut, zu deren Verwirklichung alle physischen und geistigen Kräfte der Nation aufzubieten waren. Für Schleiermacher war die Unterjochung der deutschen Nation ein Verstoß gegen eine gottgegebene Ordnung. Auch bei Arndt und Jahn spielten Gedanken wie die Unverfälschtheit und Überlegenheit der deutschen Nation und

ihre quasireligiöse Weihe eine wichtige Rolle. Bei ihnen tritt außerdem die politische Brisanz des neuen deutschen Nationalismus deutlich in den Vordergrund. Schon Fichte und Schleiermacher hatten sich auf dieses Terrain vorgewagt. Fichte bezog den Staat direkt in seine Überlegungen ein, indem er ihm nationale Erziehungsaufgaben zuwies; in seiner „Staatslehre“ (1813) nannte er die deutsche Einheit ein allgemeines Konzept für die Zukunft. Im selben Jahr sehnte sich auch Schleiermacher nach einem deutschen Reich, um das gesamte deutsche Volk nach außen hin machtvoll zu vertreten. Arndt stellte hierzu detaillierte Überlegungen an. In seinem Werk „Über die künftigen ständischen Verfassungen in Teutschland“ (1814) forderte er eine von Preußen geführte deutsche Monarchie, in der Obrigkeit und Demokratie durch die gemeinsame Hingabe an das Volk miteinander versöhnt würden. Jahn betrachtete den Staat als die dauerhafte äußere Bestätigung des Volkstums.

Ernst Moritz Arndt (1769–1860) lehrte ab 1800 Geschichte an der Universität Greifswald. Zwischen 1812 und 1816 arbeitete er als Privatsekretär und Autor für den Freiherrn vom Stein. 1818 erhielt er einen Lehrstuhl in Bonn. Als ein prominentes Opfer der Demagogenvverfolgung wurde Arndt 1820 entlassen und erst 20 Jahre später wiedereingestellt. 1848 gewann er ein Mandat für die Frankfurter Nationalversammlung, wo er dem rechten Zentrum angehörte. Auf seine Bonner Professur zurückgekehrt trat er 1854 in den Ruhestand. Nach anfänglicher Begeisterung für die Ideale der Französischen Revolution wandelte sich Arndt unter dem Einfluss der Ideen Herders zu ihrem unversöhnlichen Gegner. Gegen Napoleons Universalismus, den er als Vergewaltigung des Volksgeistes verstand, propagierte er die germanische „Uridee“ der Volksfreiheit. Der nimmermüde Agitator verfasste viele der aufpeitschendsten Kampfschriften und -lieder des frühen deutschen Nationalismus („Was ist des Deutschen Vaterland?“). Nach 1815 geriet Arndt zunehmend in Konflikt mit dem Restaurationssystem und wurde erst nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. 1840 rehabilitiert.

Der nationale Diskurs veränderte sich nicht nur inhaltlich: Er fand auch neue Wege der Verbreitung und erreichte neue Bevölkerungsgruppen. 1810 gründete Jahn in Berlin den „Deutschen Bund“, der auf die „Einheit unseres zersplitterten, geteilten und getrennten Volkes“ zielte und 1812 bereits über wenigstens elf Zweigvereine verfügte. Ähnliche Absichten verfolgten der ostpreußische „Tugendbund“ (1808), Jahns sportlich-militärische „Turngesellschaft“ (1811) und die studentische „Deutsche Burschenschaft“ (1811/15). Für all diese Individuen und Gruppen galt der Krieg gegen den besiegt aus Russland zurückgekehrten Napoleon als Fanal. Der Aufruf „An mein Volk“ (17. 3. 1813), in dem König Friedrich Wilhelm III. der französischen Besatzungsmacht den Kampf ansagte, traf auf einen Taumel vaterländischer Begeisterung. So echt dieser nationale Enthusiasmus vielfach war, blieb er doch ein begrenztes Phänomen, das zwar weitere Bevölkerungskreise erfasste als je zuvor, sich aber zu keinem Zeitpunkt zu einer wirklichen Volkserhebung ausweitete. Eine statistische Untersuchung der Zusammensetzung der Freiwilligen-Einheiten, die sich neben den regulären Truppen formierten, ergibt ein widersprüchliches Bild: Nur 12% der Kämpfer gehörten zum Bildungsbürgertum, das gemessen an seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung damit jedoch sechsfach überrepräsentiert war; ähnlich disproportional stark vertreten waren die Handwerker, die 41% der Freiwilligen stellten; Bauern und Landarbeiter hingegen, ca. 75% der Bevölkerung, machten nur 18% der Kämpfer aus. Die Nationalbewegung war aus dem engen Kreis des Elitären ausgebrochen, aber vorwiegend eine städtische Erscheinung geblieben. Nichtsdestoweniger rankten sich bald wirkungsmächtige und weithin rezipierte Legenden um die Helden des Befreiungskrieges, um die „wilde, verwegene

Jagd“ des Freikorpsoffiziers Ludwig Adolf von Lützow (1782–1834) und den dichtenden Märtyrer Theodor Körner (1791–1813). Eine Konkretisierung der politischen Forderungen des deutschen Nationalismus fand im Rausch des Sieges über Napoleon allerdings nicht statt. Das Deutschland-Konzept blieb vage, weiterhin sprachlich-kulturell definiert und mit einem konfusen Freiheitsbegriff verbunden.

In den Jahrzehnten nach 1815 beflügelte das gewaltige Anwachsen der interessierten und zur Teilnahme befähigten Öffentlichkeit den kulturellen Nationsbildungsprozess: mehr und mehr Menschen konnten lesen (1830: ca. 40%), die Buch- und Zeitschriftenproduktion schnellte nach oben, und die Zahl der Studenten in Deutschland stieg von 5500 im Jahr 1800 auf 15.836 dreißig Jahre später. Ein kulturell-historisches Nationalbewusstsein blühte auf: Historiker wie Heinrich Luden (1780–1847), und Friedrich von Raumer (1781–1873) warteten mit vielbändigen Darstellungen zur Geschichte Deutschlands auf. Das Interesse am deutschen Mittelalter spiegelte sich auch in der Edition mittelalterlicher Quellen („*Monumenta Germaniae Historica*“) und im Siegeszug des Nibelungenliedes wider. Landauf, landab wurden unter großer öffentlicher Anteilnahme Denkmäler zu Ehren der Helden deutscher Kultur errichtet: Dürer, Gutenberg, Beethoven, Luther, selbst Hermann, Sieger über die frech gewordenen Römer. 1842 vollendete König Ludwig I. von Bayern (1825–48, geb. 1786, gest. 1868), sein Pantheon deutscher Genies, die Walhalla bei Regensburg. Unter der Führung Jacob und Wilhelm Grimms (1785–1863, 1786–1859), und Karl Lachmanns (1793–1851) profilierten sich die Erforscher der deutschen Sprach-, Literatur- und Rechtsgeschichte als Germanisten und begannen, nationale Kongresse abzuhalten. Die alljährlichen Treffen des „Vereins deutscher Naturforscher und Ärzte“, Carl Maria von Weber (1786–1826) als „Nationaloper“ gepriesener „Freischütz“ (1821), die Hochkonjunktur der Historienmalerei und das neogotische Projekt der Vollendung des Kölner Doms (1842) zeigen, wie auch Naturwissenschaften, Musik, bildende Künste und Architektur in diesen kulturellen Nationsbildungsprozess einbezogen waren.

Auf der politischen Ebene war die Entwicklung des deutschen Nationalismus konfliktträchtiger. Die Realitäten in Deutschland nach dem Wiener Kongress enttäuschten die Hoffnungen der Freikorpskämpfer. Die lockere Föderation 39 souveräner Staaten, die 1815 die Rechtsnachfolge des Alten Reichs antrat, verwarfen sie als unzeitgemäßes Repressionsinstrument, als Grab der freien und geeinten deutschen Nation. Viele glühende Patrioten der Jahre 1813/14 fühlten sich von den Fürsten verraten und richteten ihren nationalen Eifer nun gegen den partikularstaatlichen Status quo. Die Nationalbewegung ging in die Opposition. Auf dem Wartburgfest, das 1817 zu Ehren des dreihundertsten Jahrestags des lutherschen Thesenanschlags begangen wurde, mischte sich viel Fürstenschelte in die religiös-radikal-nationale Rhetorik der anwesenden Burschenschafter. Die Regierungen nahmen die Ermordung des konservativen Schriftstellers August von Kotzebue (1761–1819) durch einen Studenten daher nur allzu gern zum Anlass, um scharf gegen die nationale Opposition vorzugehen. Der staatlichen „Demagogieverfolgung“, die 1819 mit den **Karlsbader Beschlüssen** begann, gelang es, die Nationalbewegung zu unterdrücken, bis das europäische Revolutionsjahr 1830 auch im Deutschen Bund zu einer erneuten Aufwallung der Opposition führte. Im Umfeld des Hambacher Festes (27. 5. 1832), zu dem sich mehr als 20000 Anhänger nationalen, liberalen und demokratischen Gedankenguts in Neustadt an der Weinstraße versammelten, wurde die partikularstaatliche Obrigkeit einmal mehr mit dem Verlangen nach Deutschlands nationaler Einheit konfrontiert. Der Journalist Johann Georg Wirth

(1798–1848), einer der Organisatoren des Hambacher Festes, erklärte 1832, dass „die entschiedenen Patrioten Deutschlands nach der politischen Einheit ihres Vaterlandes“ verlangten. Auch der badische Kammerabgeordnete Paul Pfizer (1801–67) und der Darmstädter Journalist Wilhelm Schulz (1797–1860) erhoben in diesen Jahren die Forderung nach einem gesamtdeutschen Nationalparlament in schriftlicher Form. Wie schon 1819 reagierte der Bundestag auch 1832 mit scharfer Repression und bestätigte einmal mehr den oppositionellen Charakter der nationalen Idee.

Die Karlsbader Beschlüsse

Die so genannten Karlsbader Beschlüsse gaben dem politischen System der Vorrevolutionszeit sein reaktionäres Gepräge. Nachdem Metternich die Burschenschaften schon seit längerer Zeit misstrauisch beobachtet hatte, nutzte er die Gelegenheit, die ihm die Ermordung August von Koetzebues bot und lud Vertreter acht deutscher Staaten zu einer Konferenz ins böhmische Karlsbad ein (6.–31. 8. 1819). Die dort gefassten Beschlüsse wurden bereits am 20. 9. 1819 zu Bundesgesetzen erhoben. Ein Universitätsgesetz sah eine Überwachung der Hochschulen, die Entlassung ideologisch verdächtiger Professoren und das Verbot der Burschenschaft vor. Das Pressegesetz führte die Vorzensur für Druckerzeugnisse unter 320 Seiten ein. Zudem wurde mit der Zentraluntersuchungskommission ein politisches „Bundeskriminalamt“ eingerichtet. Die Eingriffskompetenz des Bundes in einzelstaatliche Angelegenheiten wurde generell gestärkt. Die Karlsbader Beschlüsse lieferten die gesetzliche Grundlage für die danach einsetzende so genannte Demagogenverfolgung und galten – mehrfach erneuert und modifiziert – bis 1848.

In der Entwicklung der deutschen Nationalbewegung markierte die Rheinkrise der Jahre 1840–41 eine entscheidende Etappe: Die leidenschaftliche Reaktion auf angebliche französische Expansionsgelüste mobilisierte zum ersten Mal ein deutsches Massenpublikum für die nationale Sache. Nachdem Frankreich einen diplomatischen Rückschlag im Orient erlitten hatte, versuchten Regierung und Presse in Paris die Kränkung dadurch wettzumachen, dass laut über eine Wiedereroberung des Rheinlandes nachgedacht wurde. In der deutschen Öffentlichkeit provozierte dieses bedrohliche Säbelrasseln helle Empörung, trotzigem Franzosenhass und ein allgemeines Gefühl nationaler Solidarität. Seinen bekanntesten und unüberhörbaren Ausdruck fand dieser „Durchbruch des modernen Nationalismus“ (R. Buchner) in der überaus populären Rheinlieb-bewegung, der wir u. a. Nikolaus Beckers (1809–45) „Sie sollen ihn nicht haben / den freien, deutschen Rhein“, Max Schneckenburgers (1819–49) „Wacht am Rhein“ und Arndts grammatisch wie inhaltlich bedenkliches „Zum Rhein! Übern Rhein! All-Deutschland in Frankreich hinein!“ verdanken. Außenpolitisch blieb die Rheinkrise ereignislos, da Frankreich seinen Worten keine Taten folgen ließ. Für die deutsche Nationalbewegung jedoch bedeutete sie einen Quantensprung. Von den Fürsten kurzfristig unterstützt (wie zuvor schon 1813), aggressiver gegen auswärtige Feindbilder gerichtet und weite Bevölkerungsschichten elektrisierend verwandelte sich der Nationalismus durch die kollektive Erfahrung der Rheinkrise in eine „selbständige politische Kraft, gegen die auf die Dauer alle anderen Legitimationsangebote chancenlos blieben“ (H. Schulze).

Die Stimmung, die bereits durch ein so explosives Gemisch von Emotionen wie dem bangen Gefühl nationaler Verletzbarkeit und dem Verlangen nach geeinter Machtstaatlichkeit geprägt war, verschärfte sich im Verlauf der 1840er-Jahre. Hierfür war vor allem der Schleswig-Holstein-Konflikt verantwortlich. In einem „Offenen Brief“ hatte der dänische König Christian VIII. im Juli 1846 seine Absicht angekündigt, das bisher nur in Personalunion mit Dänemark verbundene Herzogtum Schleswig ganz in den dä-

nischen Staatsverband einzugliedern. Dieses Vorhaben, das die nationalen Leidenschaften in Deutschland hochkochen ließ, widersprach nicht nur den Wünschen der deutschen Bevölkerungsmehrheit in Schleswig, sondern verletzte auch die 1460 garantierte Unteilbarkeit der Herzogtümer Schleswig und Holstein, von denen letzteres Mitglied des Deutschen Bundes war. Die komplizierten erb- und lehensrechtlichen Probleme dieser Angelegenheit wurden jedoch in den jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten darauf reduziert, ob Schleswig deutsch oder dänisch sein sollte. Dass selbst das kleine Dänemark es wagen konnte, die machtlose, zersplitterte deutsche Nation herauszufordern, machte dieses Thema besonders schmerzhaft für die deutsche Nationalbewegung. Man fühlte sich einer Geringschätzung ausgesetzt, die keine andere große Nation je erleiden musste. „Denken sie sich“, forderte Friedrich Daniel Bassermann (1811–55) seine Kollegen in der badischen Kammer im Februar 1845 auf, „es beratschlage eine fremde Macht ... darüber, ob sie nicht eine Provinz von Frankreich und England incorporieren könne. ... Ja ich sage, man kann es sich gar nicht denken. ... aber eine deutsche Provinz sich zu incorporieren, darüber kann ... eine dänische Versammlung schon seit Monaten beratschlagen.“

Dass der Schleswig-Holstein-Konflikt wie schon die Rheinkrise teilweise mittels Männergesang ausgefochten wurde – das zuerst 1844 angestimmte „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ wurde schnell zum Kampflied – war kein Zufall und verweist auf einen wichtigen Entwicklungsprozess. Im Laufe des Vormärz verfestigte sich die deutsche Nationalbewegung zu einem „organisierten gesellschaftlichen Nationalismus“ (D. Düding). Zentral für diese Veränderung war das wichtigste Vehikel der wachsenden Politisierung der Gesellschaft: der Verein. Bis zu ihrem Verbot im Jahr 1819/20 hatten die Burschenschaften und Jahns Turnbewegung als institutionelles Rückgrat der Nationalbewegung fungiert. Danach füllten die Gesangsvereine das Vakuum, das durch das Verbot der Turner und Burschenschaften entstanden war. Von den Bundesmaßnahmen der Jahre 1819/20 und 1832 verschont und von Dichtern wie Arndt, Becker, Körner, August Hoffman von Fallersleben (1798–1874) und Max von Schenkendorf (1783–1817) reichlich mit kernig-nationalem Liedgut versorgt, wurden die Sänger zur mitgliedstärksten und am weitesten verbreiteten Organisation innerhalb der Nationalbewegung. 1845, 1846 und 1847 nahmen Tausende an „Deutschen Sängerfesten“ in Würzburg, Köln und Lübeck teil. Im Revolutionsjahr sangen über 100 000 deutsche Männer in mehr als 1 100 Gesangsvereinen. Nachdem die Turnverbote in Preußen, Sachsen und den südwestdeutschen Staaten Anfang der 1840er-Jahre aufgehoben worden waren, blühte auch diese nur scheinbar unpolitische Freizeitbeschäftigung wieder auf. Wie die Sänger agierten auch die Turner auf der Bühne der nationalen Öffentlichkeit, indem sie „Turnfeste“ in Mainz (1842), Reutlingen (1845), Heilbronn (1846), Frankfurt (1847) und Heidelberg (1847) organisierten. 1848 ertüchtigten 90 000 Deutsche Leib und Seele in 250 Turnvereinen.

Diese beeindruckenden Zahlen sollten die Grenzen der Nationalisierung nicht verdecken. Trotz Tausenden von Sängern, Turnern und national Gesinnten blieb die deutsche Nation „ein städtisches Geschöpf, sie war ein Werk von Protestanten, und sie war eine Männergeburt“ (D. Langewiesche). Auch 1847 war deutscher Nationalismus noch kein Anliegen, das Millionen bewegte; aber er war längst kein politisch irrelevantes Elitenphänomen mehr. Als Resultat eines jahrzehntelangen Prozesses zahlenmäßiger Expansion und institutioneller Konsolidierung stellte die deutsche National- und Einigungsbewegung am Vorabend des Revolutionsjahres eine effektive politische Kraft dar.

Ihre Kernforderung, den Deutschen Bund einer radikalen politischen Reform im nationalen Sinne zu unterziehen, war ein Stachel im Fleisch des monarchischen Staates. Ihre Existenz war eine „Voraussetzung für den Ausbruch der Revolution in Deutschland“ (D. Düding).

b) Liberalismus und Radikalismus im deutschen Vormärz

Die Gedankenwelt des Nationalismus war nicht das einzige intellektuelle Arsenal, das Kritikern der politischen Verhältnisse im Deutschen Bund zur Verfügung stand. Die obrigkeitsstaatlichen Realitäten, die in Deutschland nach 1815 und besonders nach 1819 geschaffen wurden, standen im Gegensatz zu einer „der stärksten gemeineuropäischen Bewegungsmächte“ (H.-U. Wehler), nämlich dem Liberalismus und umso mehr zu seinem linken Flügel, dem Radikalismus. Eine scharfe Trennung zwischen dem nationalen und liberalen Ideologem ist in diesem Zusammenhang einigermaßen künstlich. Im Deutschland des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts waren Liberalismus und Nationalismus vielfach miteinander verknüpft: von denselben Erfahrungen motiviert, mit gemeinsamen Gegnern und Trägergruppen. Zwar stellte sich bald heraus, dass ein gleichzeitiges Streben nach nationaler Einheit und politischer Freiheit keineswegs so unproblematisch war, wie es Hoffmann von Fallerslebens „Deutschlandlied“ (1841) suggerierte, aber es ist dennoch keine Verzerrung, von einer „liberal-nationalen“ Bewegung zu sprechen. Die gesonderte Behandlung der liberalen Dimension soll lediglich aufzeigen, auf wie vielen Ebenen sich im Vorfeld der Revolution von 1848 Opposition zum Status quo formierte.

Eine so vielschichtige und facettenreiche, von westeuropäischen wie deutschen Einflüssen geformte Bewegung wie der Liberalismus lässt sich schwerlich auf ein einziges Interessensfeld reduzieren. Aber obwohl sich Liberale auch zu Fragen des Handels, der Bildung und der Religion äußerten, erwies sich ein Thema bald als zentral: Der Liberalismus war vor allem eine politische Verfassungsbewegung. Als solche zielte er auf eine Umgestaltung des Staats in ein schriftlich fixiertes System von Rechtsnormen, das zwischen Monarchen und Volksvertretern zu vereinbaren war. Die Verfassung sollte Grundrechte garantieren – vor allem Meinungs- und Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit, das Recht auf privates Eigentum und Gleichheit vor dem Gesetz – und das Prinzip der Gewaltenteilung festschreiben. Als Anwalt der Nation und Hüter der Verfassung oblag dem Parlament die zentrale Aufgabe, die fürstliche Exekutive misstrauisch zu kontrollieren. Zudem eröffnete das Parlament dem Volk die Möglichkeit, durch gewählte Repräsentanten gesetzgebend am staatlichen Handeln teilzunehmen, wobei eine Einschränkung des Wahlrechts dafür sorgen sollte, dass nur befähigte Volksvertreter gewählt würden. Konstitutionelle Liberale waren keine Demokraten.

Die Wurzeln des deutschen Frühliberalismus liegen in der Aufklärung des späten 18. Jahrhunderts und in den intellektuellen wie politischen Erschütterungen, die von der Französischen Revolution ausgingen. Von der zentralen Forderung nach Gewährung von Freiheitsrechten für das Individuum ausgehend politisierte sich der Liberalismus in den 1790er-Jahren, indem er die staatliche Gewalt mit dem Recht des Einzelnen auf weitestgehende Selbstbestimmung konfrontierte. Der Historiker August Ludwig Schlözer (1735–1809) forderte rechtsstaatliche Prinzipien, um die „ursprünglichen Menschen- und Gemeinde-Rechte“ der Untertanen zu sichern. Wilhelm von Humboldts (1767–1835) „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu be-